

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Briefporto 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postkontonr.** 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellspalte oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Neufame-Kolonellspalte 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Rechtsputtschisten im Regierungsnest. Neue Puttschpläne im Werke.

Der Frontbund an der Verschwörerarbeit.

Berlin, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorwärts bringt unter der Überschrift: „Neuer Rechtsputtsch in Vorbereitung“ Mitteilungen von militärisch gut informierter Seite über die Organisation des geplanten Rechtsputtsches. Zunächst wird mitgeteilt, daß in der Versammlung des Frontbundes in Paderborn der der Konferenz vorgelegte Plan Nr. 9 lautet:

Sofortige Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe, niemals mit Waffen gegenseitig vorzugehen oder zu verhaften. Sofortige Meldung von Befehlen über Transporte, Auflösung, Verreisen von Verbänden, Entlassung, Abkündigung besonders beliebter Führer, weiße und schwarze Listen.

Der Vorwärts bemerkt dazu: Hier liegt die Vorbereitung zur Meuterei und zum Hochverrat klar zutage. Dieser Passus ist eine Klüftung für linke Puttsche.

Weiter meldet der Gewährsmann des Vorwärts, daß eine leberharte Werbetätigkeit eingesetzt habe. In der Versammlung in Paderborn wurde der monatliche Zugang durch Werbung auf 2000 Mann geschätzt. Das Geld fließt aus privaten Mitteln. Ungehobene Fonds stehen zur Verfügung, die zum Teil vom kommunistischen Bund und vom Bund der Bankwirte gegeben werden. Auf den kommunistischen Bankwirten werden die Waffen in heimlich verteilte, ebenso die einzelnen gesellschaftlichen Kreise. Die Taktik des ganzen Plans gründet sich auf die Hoffnung, daß alsbald ein kommunistischer Aufstand ausbrechen. Solern das nicht der Fall sein sollte, soll dieser Aufstand durch reißende Freikorpsoffiziere provoziert werden. Weicht dann der erwartete und erhoffte Kommunismus aus, so soll eine Art Militärkollisionsarmee eingesetzt werden. Die Freikorps und die Reichswehr sollen sich an der Abwehr des Puttsches nicht beteiligen, so daß die Bevölkerung eine Aktion unter dem Puttsch hat zu leiden habe. Mittlerweile soll die Reichswehr das Chaos in Mitteldeutschland vollenden. Unter Hinweis auf den Bolschewismus sollen die nach Westfalen marschierenden Freikorps die Kohlenzufuhr abschneiden, während gleichzeitig mit Hilfe der in den ostfälischen Gütern einlogierten Freischützer die Lebensmittelzufuhr unterbunden ist. Erst dann, wenn hierdurch Hungernot und Arbeitslosigkeit auf der Spitze getrieben sind, sollen die Truppen als Retter in der Not erscheinen, den Puttsch niederzulegen und nunmehr sich als Sieger selber eine neue Regierung einlegen.

Die Regierung weiß wohl von diesen Absichten, aber ihre Maßnahmen werden dadurch sabotiert, daß die Verschwörer in den maßgebenden Stellen ihre Helfer und Förderer haben. Sie erfahren neue Befehle früher als die amtlichen Stellen. Was die Regierung anordnet, geschieht nur dem äußeren Schein nach, denn das Gegenteil gerade wird gemacht. Die Hauptwiderstände liegen im Reichswehrministerium und im Reichsministerium des Innern.

Soweit haben es also die Müller und Geßler durch ihre Taktik des Zauderns und Zögerns gegen rechts, durch ihre Angst vor der Gefahr von links, durch die Sabotierung der Forderungen, die die Arbeiterorganisationen nach dem Rapp-Puttsch aufstellten, gebracht! Dahin mußte es kommen durch die Politik der Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum, denen die Gefahr von links allezeit viel brennender erschienen ist als die von rechts. Dieser Koalitionspolitik den Garaus zu machen, dazu muß der 6. Juni helfen!

Die Spekulation auf den kommunistischen Puttsch, der Plan, ihn durch Lockspiegel provozieren zu lassen, muß die Arbeiterschaft mahnen, die Aufforderungen angeblicher Revolutionäre, die zu Gewalttaten aufzufachen, sofort doppelt misstrauisch aufzunehmen. Der feine Plan der Frontbündler, auf dem Rücken der Arbeiterschaft, durch Hungernot und Elend zur Herrschaft zu gelangen, soll mißlingen an der Besonnenheit und Diskretion des Proletariats. Wollen die Reaktionäre abermals puttschen, so sollen sie es offen, nackt und unbehüllt tun müssen als Kämpfer der Gegenrevolution. Dann werden sie den Widerstand des Proletariats finden, an dem sie zerbrechen. Arbeiter, seid auf der Hut!

Der Mord an Hans Paasche.

Berlin, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Am Pfingstsonnabend ist in Kreuz, wie sich nunmehr bestätigt, der Kapitänleutnant Hans Paasche unter den üblichen verdächtigen, für jeden Wissenden völlig eindeutigen Umständen, von Reichswehresoldaten „auf der Flucht erschossen“ worden. Unser Berliner Korrespondent, der mit dem Kapitänleutnant Paasche aufs engste befreundet war, teilt uns über Paasches Persönlichkeit folgende Einzelheiten mit: Paasche war während des Krieges bereits als radikaler Pazifist und Gegner des Krieges bekannt. Infolge dieser seiner Überzeugung, aus der er nicht den geringsten Hehl machte, wurde er in Untersuchungshaft genommen, aus der ihn erst nach mehreren Monaten die Revolution befreite. Er wurde dann Mitglied des Volksgenrats. Er ist es gewesen, der neben Rautsky sich

besondere Verdienste um die Befreiung der Kriegsgesoldaten erworben hatte. Paasche war während seiner Arbeit im Volksgenrat stets ein stiller und ruhiger, aber jederzeit hilfsbereiter Mitarbeiter, der weniger Wert auf Worte als auf Taten legte. Seinem Wesen nach war er ein fühlender, herzensguter Mensch, der mit warmem Mitgefühl der arbeitenden Bevölkerung gegenüberstand, überall helfend eingriff, Not und Elend zu lindern und zu mildern. Bei dieser seiner Tätigkeit sollte er sein Ende finden. Vor etwas mehr als einem Jahre, in jener unglückseligen Nacht des 23. Dezember, erhielt Paasche die Nachricht vom Tode seiner Frau, die ihn aufs schwerste niederbrach. Paasche verließ damals Berlin, um sich der Erziehung seiner Kinder und der Verwaltung seines väterlichen Gutes Waldrieden bei Kreuz zu widmen. Er war der Sohn des bekannten nationalliberalen Abgeordneten und Vizepräsidenten des Reichstags Paasche. Auf seinem Gute lebte Paasche der landwirtschaftlichen Arbeit. Er hatte es sich als Hauptaufgabe gestellt, die Leiden der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu mildern und nach seinen Kräften ihr Los zu bessern. Wenn er in Berlin weilte, erzählte er mir von seiner Tätigkeit. Dem politischen Leben selbst brachte Paasche in letzter Zeit wenig Interesse entgegen. Besondere politische Klarheit zeichnete ihn niemals aus. Dazu war er ein stiller und viel zu bescheiden Mensch. In der Tat mochte es sein, daß er in den letzten Wochen dem Kommunismus in seiner idealsten Form nähergekommen war. Noch vor wenigen Wochen sprach ich ihn in Berlin und er erzählte mir von seinen Plänen, die er für die Besserstellung jener landwirtschaftlichen Arbeiter, zur Hebung ihrer Not zu verwirklichen gedachte. Obwohl wir eng befreundet waren, ist nie ein Wort über Umsturzpläne oder irgendwelche Pläne gewalttätiger Maßnahmen von ihm gesprochen worden. Er wirkte im kleinen für die bessere Lebenshaltung seiner Mitarbeiter und Mitstreiter. Das war seine Lebensaufgabe.

Nun war auf Anordnung des Gruppenkommandos in Deutsch-Krone der Befehl ausgegeben worden, das Gut Waldrieden, dessen Besitzer Paasche war, nach Waffen zu durchsuchen. Zwei Lastautos mit 60 Reichswehresoldaten unter Führung zweier Offiziere mit Maschinengewehren trafen am Sonnabendnachmittag vor dem Schlosse Waldrieden an. Die Soldaten umstellten in einer Postenkette das ganze Gelände. Dann begaben sich die Offiziere in das Haus, fanden aber nur das Dienstpersonal und die Hausdame vor. Paasche befand sich in einem kleinen See beim Baden und beachtete nicht, später für seine Arbeiter zu fischen, da er ihnen mit den Fischen ein Pfingstgeschenk bereiten wollte. Die Offiziere sandten einen Wachmeister zum See und dieser teilte Paasche mit, ein Besucher wolle auf dem Schlosse, der ihn sprechen wolle. Unhübsch begab sich Paasche in seinem Badefloß nach seiner Wohnung. Nach wenigen Schritten bemerkte er die Soldaten. Nun ereignete sich die Tragödie, die durch die Meldung der militärischen Dienststellen offenbar schon verschleiert werden soll. Die Reichswehresoldaten behaupten, Paasche hätte sich sofort, als er sie erblickt habe, umgewandt und die Flucht ergriffen. Sie hätten ihm dann dreimal Halt gerufen und erst dann geschossen, als er in bewaldetes Gelände sich ihren Blicken zu entziehen drohte. Dem ganzen Wesen Paasches nach ist diese Darstellung völlig unmöglich. Paasche selbst hat in engerer Vereinigung mit der Truppe gestanden, nirgends hat er Furcht bewiesen, weder im Krieg, noch während der Revolution. Überall stand er an erster Stelle. Nie hätte er sich dazu entschlossen, vor den Reichswehresoldaten die Flucht zu ergreifen.

Die Darstellung von andern Zeugen weicht denn auch wesentlich von der militärischen Auffassung ab. Danach sei Paasche sofort mit Gewehrgehör empfänglich worden und in der Ueberrumpelung wandte er sich um und suchte hinter einer Scheune, die bereits auf dem Grund und Boden eines andern Gutsbesitzers stand, Deckung. In der Nähe dieser Scheune stand jedoch ein zweiter Posten, und dieser tat, ohne daß Paasche ihn sehen konnte und ohne daß er ihn anrief, den tödlichen Schuß, der Paasche in den Rücken traf und seinen sofortigen Tod herbeiführte. Man hat auf Paasche im ganzen viermal geschossen. Inzwischen fand eine Durchsuchung des Schlosses statt. Es fanden sich selbstverständlich keine Waffen vor. Es ist aber bezeichnend, daß von Zeugen erklärt wird, selbst wenn Waffen auf dem Schlosse vorhanden gewesen wären, sie durch diese Untersuchung niemals hätten gefunden werden können, so fühligen Charakter trug diese. Auch dieser Umstand beweist auf das deutlichste, daß die ganze Aktion nur zu dem Zwecke eingeleitet wurde, um Paasche aus der Welt zu schaffen. Es ist bezeichnend, daß die Offiziere weder einen Haftbefehl noch einen schriftlichen Ausweis vorgezeigt haben, daß sie auch ihre Namen nicht angegeben haben und daß heute die Familie Paasches, die vier kleine Kinder besitzt, noch nicht weiß, welcher Truppenteil das Schloß besetzt hat.

Die Beerdigung Paasches fand gestern nachmittag unter starker Beteiligung der Landbevölkerung, die schwärmerisch und begelstert an ihrem Gutsbesitzer und Wohlthäter hing, statt. Die Leiche wurde im Park des Schlosses beigesetzt.

Die Mörder werden natürlich freigelassen. Denn die Untersuchung führt natürlich die Militärjustiz, deren Abschaffung die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei verhindert haben. Die Mörder Paasches werden ihnen danken!

Gute Zeiten für Mörder!

Die Steuerpolitik der Koalitionsparteien.

20 Milliarden Mark Steuern jährlich hat die Koalition der Bürgerlichen und der Rechtssozialisten geschaffen.

Diese ungeheure Steuerlast ist die Folge des Krieges. Wenn das deutsche Volk nach den Schuldigen fragt, denen es diese furchterliche Last verdankt, so muß man ihm die Politiker und die Parteien weisen, die mit dem Kriege und seiner Verlängerung einverstanden waren, und die diesem Einverständnis durch die Bewilligung der Mittel für den Krieg während des Krieges Ausdruck verliehen haben. Diejenigen, die während des Krieges Milliarden auf Milliarden an Kriegskrediten bewilligt haben, haben dem deutschen Volk diese Steuern beschert. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten wie Rechtssozialisten sind in gleicher Weise schuldig. Sie und ihre Politik muß das deutsche Volk verfluchen, wenn es die ungeheure Steuerlast ins Auge faßt.

Es geht eine direkte Linie von der Kriegspolitik dieser Parteien von damals zu der Steuerpolitik von heute. Heute, wo die Rechnung präsentiert wird, erscheint die Kriegspolitik von damals in ganz anders deutschem Lichte. Mancher aber, dem damals noch nicht klar war, was es heißt, Milliarden auf Milliarden neuer Kriegskredite bewilligen und in das Jahr ohne Boden werfen, wird heute erkennen, wie verheerend jene Politik der Kriegskreditbewilligung von damals war, die heute ihn und seine Familie ins Elend hinabstößt. Wahrlich jene Parteien, die heute die Regierungskoalition bilden, haben keinen Anlaß, den rechts von ihnen stehenden Parteien Vorwürfe zu machen über deren gleich verheerend Kriegspolitik. Sie tragen gleiche Schuld. Alle, alle sind sie schuldig.

Es geht das Infame an jener Politik der Kriegskreditbewilligung von damals, daß sie sich einverstanden erklärte damit, daß die Kosten des Krieges nicht auf dem Steuerwege, sondern in Anleihenform aufgebracht wurde. Diese Kriegskreditpolitik war echt imperialistisch. Sie gewährte der Bourgeoisie Riesengewinne in der Voraussicht, daß die Arbeiter zahlen müßten, — nicht während des Krieges, weil da ihre Empörung gefährlich werden konnte, sondern nach dem Kriege. Kriegsteuern, die den Besitz auf das Schärfste angefaßt hätten, hätten den Krieg gewaltig abgelindert. Die Bewilligung von Kriegskrediten bedeutete deshalb nicht nur Aufhäufung einer Riesenschuld von Schulden, die die breiten Schichten der Besitzlosen decken müßten, sie bedeutete zugleich auch Verlängerung des Krieges.

Wenn die Revolution, die das Ende des Krieges einleitete, eine Arbeiterrevolution sein sollte, dann mußte sie den schuldigen Kriegspolitikern die Rechnung präsentieren, dann mußte sie die Arbeiterklasse freisprechen und die ungeheure Kriegslast der Kriegskreditern Bourgeoisie, den Nutznießern des Krieges und denen, die vom Regieren Ausgang des Krieges kapitalistischen Nutzen erwarteten, auferlegen. Was aber ist geschehen? Die Schuldigen bilden heute die Regierung und benutzen die Nachmittel des Staates, um die Hauptlast auf die Schultern der Arbeiterklasse zu legen und das kapitalistische System wie den einzelnen Besitzenden zu schonen. Diese Parteien haben ebendamals die Kriegskredite bewilligt, heute decken sie die Kosten mit dem fargen Lohn der Arbeiter. Auch heute dieselbe Schonung des kapitalistischen Besitzes wie zur Zeit des Krieges.

Es liegt ganz in der historischen Linie, daß diese Nationalversammlung, deren Aufgabe es nach dem Willen ihrer Auftraggeber nur sein sollte, eine Verfassung zu schaffen, auch so einschneidende Steuererlasse geschaffen hat. Die Nationalversammlung hat es als ihre Aufgabe betrachtet, den bürgerlichen Staat zu stärken gegen die Revolution, das Bürgertum gegen die Arbeiterklasse. Zu dieser Machtpolitik gehörte die Auferlegung von Steuern auf die Schultern der Besitzlosen zugunsten der Bourgeoisie. Die Schaffung dieser Steuererlasse ist ein Stück Gegenrevolution. Auch in der Steuerpolitik hat die Regierungskoalition den gegenrevolutionären Charakter gezeigt. Wie die gesamte Politik der Koalitionregierung anknapfte an die Koalitionspolitik vor der Revolution, so auch die Steuerpolitik. Dieselben Leute machten in der Nationalversammlung dieselbe Steuerpolitik unter denselben Gesichtspunkten wie im alten Reichstage. Die Nutznießer der Kriegskredite, die Ausschüßräte gewisser großer industrieller Kriegskreditanten saßen wie im alten Reichstage in der Nationalversammlung und nahmen dort die Interessen der Besitzenden gegen die Arbeiter wahr. Was während des Krieges unheimlich beanommen wurde, wurde nach der Revolution unheimlich fortgesetzt.